Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHIL İÇIN	HARIÇ İÇIN
Aylık	Türk lirası 1.50	R. M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mükabili.

İdarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 348 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Freitag, 19. Dez. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Um die deutsche Schule in Athen.

Man schreibt uns aus Athen:

Unter den Gesetzen, die der griechischen Kammer, die in diesen Tagen ihre Arbeit wieder aufgenommen hat, vorgelegt wurden, befindet sich auch das Gesetz, das den griechischen Staatsbürgern verbietet, ihre Kinder in die in Griechenland bestehenden fremden Volksschulen zu schicken. Gegen 40.000 griechische Kinder werden von der Massregel betroffen, sie werden kurzerhand aus den fremden Schulen hinausgewiesen, die bisher seit vielen Jahren, manche seit dem Bestehen Griechenlands, dem griechischen Staate eine schwere Finanzlast abgenommen hatten, die man aber jetzt ohne jede Rücksicht in einer geradezu noch nie dagewesenen Weise mit gröbstem Undank lohnt. Wenn nun schon gegen die meisten dieser Schulen aus Gründen der von ihnen im Interesse der Religion oder der Heimatstaaten geleisteten religiösen oder nationalen Propaganda vorgegangen wird und wenigstens der Schein der Berechtigung zu dieser Maßnahme gewahrt wurde, so fällt auch dieser bei beiden deutschen in Athen und Saloniki bestehenden Schulen fort. Die höchsten Stellen bis hinauf zum Ministerpräsidenten Veniselos erklärten wiederholt, dass sie es mit Bedauern erfülle, wenn auch unsere Institutionen von dieser harten Massregel getroffen würden, doch liesse sich leider eine Ausnahme nicht machen. Der Schulrat der Deutschen Schule hat trotz der Härte des Gesetzes sich von vornherein auf den Boden der Tatsachen gestellt und sich bereit erklärt unter der Voraussetzung, dass der Deutschen Schule zum mindesten billige, im Rahmen des Gesetzes liegende Erleichterungen gewährt würden, sich dem neuen Gesetze zu fügen. Seitens des Unterrichtsministers wurde auch mehrmals immer wieder in durchaus offizieller Weise versichert, dass man mit grösstem Vergnügen und mit grösster Bereitwilligkeit in Anerkennung der Verdienste der Deutschen Schule in Griechenland jedes mögliche Entgegenkommen erweisen würde. Leider haben die Verhandlungen mit dem Unterrichtsminister erwiesen, dass es sich hier um leere Versprechungen handelte, aus einem beinahe unverfroren zu nennendem Schreiben dieses Ministers ergibt sich die völlige Unwahrheit der früher gemachten Angaben, einem Vorgehen, das die griechischen Eltern in einer Elternversammlung als unwürdig gegenüber einer grossen Kulturnation wie der deutschen ganz offen bezeichneten. Es ist auch tatsächlich eine den elementarsten Begriffen von Recht und Gerechtigkeit widersprechende Massnahme, wie sie eben, anscheinend nur hier, möglich ist, denn jede andere Regierung hätte eine Uebergangsfrist festgelegt, damit die fremden Institute, deren Dienste man jahrzehntelang und mehr unbeschränkt in Anspruch nahm, Zeit gewinnen, sich auf das neue Gesetz umzustellen. Es hat den Anschein, als wenn man in den Kreisen des Unterrichtsministers auf die meist modernen fremden Schulgebäude spekuliert und glaubt, sich durch diese überstürzte Massnahme billig in den Besitz der nunmehr frei werdenden Schulgebäude zu setzen. Aber nicht nur die fremden Schulen schädigt die Massnahme, auch die griechischen Kinder, die bisher jene Schulen besuchten, werden auf das Bitterste betroffen. Zunächst werden ihre Studien unterbrochen und die vergangenen Schuljahre sind für die Kinder fast als verloren zu betrachten, ferner hat wohl die Regierung in Eile dieses Gesetz ausgearbeitet, es ist ihr aber nicht eingefallen, für die 40.000 Kinder nunmehr Ersatzschulen und Lehrkräfte bereitzustellen.

Das Vorgehen der griechischen Regierung sollte doch auch in Deutschland zu denken geben und wenn es der griechischen Regierung gleichgültig erscheint, ob diese Massnahme Deutschland peinlich berührt, so ist sicherlich Deutschland auch in der beneidenswerten Lage Mittel zu ergreifen, die wiederum in Griechenland recht peinliche Auswirkungen haben könnten. Man denke nur an die Einstellung gewisser Stipendien für Griechen, ja, es wäre nicht ganz unwahrscheinlich, dass man in Deutschland bei einem weiteren unfreundlichen Verhalten der griechischen Regierung in dieser Frage sich überlegt, ob es durchaus notwendig ist, die bisher aus Griechenland bezogenen grossen Mengen von Tabak und Korinthen usw. weiter aus Griechenland zu beziehen oder den Bezug herabzumindern. Doch wollen wir hoffen, dass es nicht notwendig wird so weit zu gehen.

Vom Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident verließ gestern Nachmittag das Palais Dolma Bagtsche. Er begab sich zuerst in das Gebäude des Wilajets und der Stadtverwaltung. Dann besuchte er die Zentrale der Volkspartei in Dschagaloglu und begab sich dann in den Türk Odschak. Während des Besuches der Stadtverwaltung tagten die Stadtverordneten und der Gasi verfolgte von der Loge aus die Debatten. Im Türk Odschak unterhielt sich der Staatspräsident mit den dort anwesenden Mitgliedern. Im Stadtverordnetenhaus schlug der Stadtverordnete Sadeddin Ferid Bej nach dem Fortgang des Staatspräsidenten vor, das gestrige Protokoll in Schönschrift anfertigen zu lassen und es im Sitzungssaal des Stadtverordnetenhauses anzubringen. Der Vorschlag wurde mit Begeisterung angenommen.

Wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, wird der Staatspräsident mit seinem Gefolge heute die Reise nach Thrakien antreten.

El Asis.

Die Abordnung der Stadt El Asis wurde am Mittwoch vom Ministerpräsidenten empfangen. Sie brachte ihre Bitte über die Führung der Eisenbahnstrecke nach Diarbekir durch die Stadt El Asis vor. Ismet Pascha hat daraufhin die Staatseisenbahn angewiesen, für eventuelle Erfüllung dieses Wunsches erneute Geländeuntersuchungen vorzunehmen.

Zur türkisch-persischen Grenzfrage.

Nach den aus Ankara einlaufenden Meldungen hat die türkische Regierung den Geschäftsträger in Teheran beauftragt, über die durch die von der Presse gemeldete Freilassung der Bandenführer am Agridagh enstandene neue Lage bei der persischen Regierung Schritte zu unternehmen.

Aus Syrien wird gemeldet, daß auch die französische Mandatsverwaltung in Syrien einige Aufwiegler, die sie während des Aufstandes verhaftet hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt hat.

Vom Innenministerium.

Die beiden im Innenministerium in Ausarbeitung befindlichen Entwürfe über die Errichtung von Generalinspektoraten sind beendet. Der eine dieser Entwürfe sieht für die Zivilverwaltung des Landes 5 und der andere 6 Bezirke vor. Nach den Entwürfen sind für die Errichtung von jedem neuen Generalinspektorat durchschnittlich 100.000 t. Pfd. notwendig. Aus diesem Grunde stellt die Angelegenheit auch eine Budgetfrage dar. Das bisherige Generalinspektorat in den Ostwilajets wird auch nach der Neuregelung beibehalten werden. Außerdem werden in Thrakien, Stambul, Smyrna, Adana und an der Schwarz-Meerküste neue Generalinspektorate errichtet werden. Diese Generalinspektorate werden mit den gleichen Befugnissen ausgestattet werden, wie es bei dem Generalinspektorat im Osten der Fall ist.

Für die Erweiterung der Machtbefugnisse der Walis ist im Innenministerium eine Kommission eingesetzt worden, die zur Zeit mit diesbezüglichen Untersuchungen beschäftigt ist. Die Kommission hat den Generalinspektor für die Ostwilajets, Ibrahim Tali Bej, um seine Meinungsäußerung in dieser Angelegenheit gebeten. In den Kreisen des Innenministeriums wird fest damit gerechnet, daß der Entwurf über die Erweiterung der Machtbefugnisse der Walis noch in dieser Sitzungsperiode der Kammer vorgelegt wird.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.75 Piaster

Russisch-japanischer Zwischenfall.

Schliessung einer japanischen Bank in Wladiwostok.

Tokio, 18. Dez. (A.A.)

Die Sowjetbehörden in Wladiwostok haben die Schließung der Bank von Korea angeordnet, bis diese eine ihr wegen angeblicher ungesetzlicher Devisentransaktionen auferlegte Geldstrafe von 600.000 Rbl. bezahlt hat.

Tokio, 18. Dez.

Wegen der Schließung der Filiale der Bank von Korea in Wladiwostok ist die japanische Regierung sofort vorstellig geworden. Sie hat zunächst als Vergeltungsmaßnahme eine in Korea tätige russische Bankfiliale schließen lassen.

Die Ueberschwemmungskatastrophe

Nach den beim Innenministerium einlaufenden Nachrichten sind durch die letzten starken Regenfälle zwei Brücken auf der Strecke Mersina-Silifke eingestürzt. Ein großer Teil der Chausseen auf dieser Strecke ist unpassierbar geworden. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Ortschaften können nur durch Reiter aufrecht erhalten werden, da ein Wagen unmöglich die Straßen befahren kann.

Der Sejhan ist in Adana in sein natürliches Flußbett zurückgegangen. Der durch die Ueberschwemmung verursachte Schaden in Adana und Umgegend ist immer noch nicht übersehbar. Die Häuser, bei denen durch die bei der Ueberschwemmung erlittenen Schäden Einsturzgefahr besteht, werden von der Stadtverwaltung abgerissen. Aus Posanti wird gemeldet, daß wegen der Zerstörungen an der Eisenbahnstrecke, der Stambuler Zug hier nicht verkehren kann und daß zwischen Karapinar und Posanti ein Pendelverkehr eingerichtet worden ist. Auch die Telegrafendrähte erlitten große Beschädigungen, wodurch die Stadt 48 Stunden lang völlig vom Verkehr mit anderen Ortschaften abgeschnitten war.

Behdsched Bej.

Wegen erhöhter Temperatur konnte bei Behdched Bej die Operation am Bein, die gestern ausgeführt werden sollte, nicht vorgenommen und die Kugel nicht entfernt werden. Auf Anordnung der Aerzte konnten viele Besucher, die gestern ins Krankenhaus gekommen waren, Behdesched Bej nicht sprechen, da er der Ruhe bedurfte.

Aus der türkischen Presse.

In der *Cumhuriyet* widmet *Junus Nadi Bej* seinen Leitartikel der Ueberschwemmungskatastrophe in Südanatolien und schreibt, daß in Anbetracht der Tatsache, daß die Wucht der Wassermengen in der Stadt Adana zahlreiche Häuser zum Einsturz gebracht habe, trotz der bisher fehlenden Nachrichten aus den von der Ueberschwemmung betroffenen Dörfern mit Leichtigkeit angenommen werden könnte, daß der angerichtete Schaden auf dem Lande viel größer sein müsse, als es in der Stadt Adana der Fall sei. Es wäre aus naheliegenden Gründen sehr zu begrüßen, wenn die Regierung die Oeffentlichkeit über die Gesamtschäden in ausführlicher Form unterrichten würde. Es sei ausserdem notwendig, vorbeugende Maßnahmen gegen solche Wasserkatastrophen zu treffen, deren Ursache in der Hauptsache aller Fälle im Fehlen von Waldungen liege, weil die Wälder in der Natur eine ausgleichende Rolle zwischen der Aufnahmefähigkeit der Wassermengen durch die Erde und der Menge der Niederschläge spielen, wobei sie auf die durchschnittliche Niederschlagsmenge regulierend einwirken. Es sei höchste Zeit, an den Aufbau des Waldes in der Türkei mit allen zur Verfügung stehenden Kräften heranzugehen.

In *Vakit* schreibt *Assim Bej* über die Osmanischen Schulden, daß die französischen Kuponinhaber, die den größten Teil der Verschreibungen in ihren Händen halten, sich vergeblich um eine Intervention der französischen Regierung bemüht hätten und nun den Versuch machen wollten, die Handlung der Türkei als eine franzosenfeindliche hinzustellen, weil die Türkei im Gegensatz zu den Osmanischen Schulden ihre aus den Eisenbahnkäufen entstandene Pflichten treu erfülle. Es sei klar, daß auch solche Machenschaften an der Tatsache nichts ändern werden und man würde sehr bald erleben, daß die Gläubiger sich bald dazu bequemen würden, zwecks Aufnahme von Verhandlungen nach Ankara zu kommen.

Spanien beruhigt sich.

Madrid, 18. Dez. (A.A.)

In der Hauptstadt herrscht Ruhe. Der König nahm die Truppenparade ab. Die telefonische Verbindung mit fast allen Provinzstädten ist wieder hergestellt.

Madrid, 18. Dez. (A.A.)

In zahlreichen Städten der Provinz hat sich die Lage gebessert. Nur in Murcia und in einigen kleineren Orten ist es noch zu Zusammenstößen gekommen. In Alicante haben die Streikenden versucht, den Eisenbahnverkehr stillzulegen und die telegrafische Verbindung zu unterbrechen.

Rumäniens Finanzsorgen.

Bukarest, 18. Dez.

Bei ihren verzweifelten Bemühungen, neue Einnahmequellen zu erschließen, kommen die verantwortlichen rumänischen Stellen auf die ausgefallensten Gedanken. So soll jetzt der Kammer ein Gesetz vorgelegt werden, wonach ohne jede Ausnahme für einen Auslandspaß eine Gebühr von 10 000 Lei (rund 250 Mark) zu zahlen ist. Diese Verfügung hat begreiflicherweise die bekannte „lebhafte Bestürzung" hervorgerufen und die Opposition hat nicht ganz so unrecht, wenn sie darauf hinweist, daß nur durch ein „Verstopfen des unterirdischen Röhrensystems — sprich „Korruption" — durch das ein großer Teil der Staatseinnahmen abfließt, viel eher Wandel geschaffen werden könne. In dieser Hinsicht sind die Verhältnisse auf dem Spiritusmarkt besonders charakteristisch. Rumänien ist eins der Länder, das auf dem Balkan mit den meisten Wein und damit im Zusammenhang Spiritus erzeugt.

Trotz „schärfster Ueberwachung" durch die Monopolorgane konnte jedoch die Stadt Kronstadt mehr Spiritus in diesem Jahre verbrauchen, als ganz Rumänien „offiziell" erzeugt hat. Oder noch krasser ausgedrückt: im November wurden in ganz Rumänien nur fünf Waggons Spiritus versteuert, denen 500 Waggons versteuerter Spiritus des kleinen Ungarns entgegenstehen. Im übrigen soll der in Rumänien bereits an sich unverhältnismäßig teure Zucker durch eine Sondersteuer von drei Lei noch weiter verteuert werden, wodurch der Staat auf eine Mehreinnahme von 250 Millionen Lei rechnet.

Rumäniens unliebsames Sparprogramm.

Bukarest, 16. Dezember.

Es gibt eigentlich — ausser den politischen „Grossverdienern" — in Rumänien keinen Stand und keinen Beruf, der durch das neue Sparprogramm nicht auf das empfindlichste getroffen würde. So hat sich jetzt auch der Bischof der unitarischen Kirche zum König begeben, um dort gegen die Herabsetzung der staatlichen Beihilfen zu protestieren. Die Kürzungsmassnahme trifft die Kirche umso schwerer, als ihr Vermögen seinerzeit vom Staate säkularisiert wurde.

Die verhafteten ukrainischen Parlamentarier in Polen.

Warschau, 17. Dez.

Vier in Haft befindliche ehemalige ukrainische Sejmabgeordnete, darunter ein hoher Geistlicher, der Prälat Kunizkyj, Vorstandsmitglied der größten ukrainischen Partei Undo, sollten dieser Tage auf Beschluß des Untersuchungsrichters nach mehr als zweimonatlichem Aufenthalt im Gefängnis auf freien Fuß gesetzt werden. Der Staatsanwalt hat jedoch dagegen Einspruch erhoben, sodaß die Entscheidung über die Freilassung nunmehr vom Gericht gefällt werden muß. Von den Mitgliedern des neuen Parlaments befinden sich zehn Sejmabgeordnete noch heute in Haft.

Aus Deutschland.

—o—

Vom Außenausschuß.

Berlin, 18. Dez.

Der Außenausschuß des Reichstages beendete heute die Aussprache über das Ergebnis der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz Der Ausschuß nahm am Schluß der Aussprache eine Entschließung an, wonach die Regierung beauftragt wird, über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands Material zusammenzustellen und dem Auslande bekanntzugeben. Das Material soll auch den Schulen zugänglich gemacht werden. Es soll erstens eine Erläuterung der Bedrohung der Sicherheit Deutschlands durch die jetzigen Grenzen und durch die Entmilitarisierung der Grenzen enthalten, zweitens Deutschlands vertraglich festgestellten Anspruch auf die Abrüstung der anderen Mächte, drittens einen Vergleich zwischen Deutschlands Rüstung und der Rüstung der anderen Mächte und viertens eine ziffernmäßige Feststellung der Rüstungsstärke der anderen Mächte.

Curtius in Oberschlesien.

Berlin, 18. Dez.

Der Reichsaußenminister Dr. Curtius wird sich in den nächsten Tagen nach Oberschlesien, und zwar nach Oppeln und Gleiwitz, begeben.

Volkskonservative.

Berlin, 18. Dez.

Die volkskonservative Partei hat beschlossen zu Beginn des Jahres eine Reichstagung abzuhalten, um die weiteren Ziele der Partei festzulegen.

Senkung der Postgebühren.

Berlin, 18. Dez.

Im Reichspostministerium wurde heute eine Besprechung über die beabsichtigte Senkung der Postgebühren abgehalten. Die Besprechungen werden morgen fortgesetzt. Nach den vorliegenden Plänen werden insbesondere die Gebühren für Briefe und Pakete und für Telegramme und Telefongespräche herabgesetzt.

Das französische Kabinett.

Paris, 18. Dez.

Das neue französische Kabinett Steeg hat sich heute der Kammer vorgestellt. In der Regierungserklärung betonte der Ministerpräsident im Hinblick auf die Außenpolitik, daß Frankreich eine Politik der Versöhnung in Europa treiben werde, jedoch auch der Wehrmacht des Landes ihre besondere Aufmerksamkeit widmen werde.

Umsturz in Guatelama.

Newyork, 18. Dez. (A.A.)

Nach Meldungen aus Guatelama haben die Liberalen im Einvernehmen mit dem Militär das Präsidentenpalais gestürmt und den Präsidenten Palma abgesetzt. General Orellana wurde zum Präsidenten gewählt.

Guatelama, 18. Dez. (A.A.)

Bei den gestrigen Unruhen wurde der Kriegsminister, General Mauro de Leon getötet. Der Präsident hat sich in die deutsche Gesandtschaft geflüchtet. Von den Beamten wurde keiner verhaftet. Das diplomatische Korps erhielt von den Aufständischen die Mitteilung, daß der Staatsstreich nur gegen den Präsidenten Palma gerichtet gewesen sei.

Newyork, 18. Dez. (A.A.)

In Guatelama wurde eine provisorische Regierung mit dem General Orellana als Präsidenten gebildet.

Wieder Bankkrache in Amerika.

Newyork, 18. Dez. (A.A.)

Hier wurde heute die Schließung von weiteren 17 Provinzbanken bekannt. 10 von diesen 17 Banken befinden sich im Staate Arkansas.

Russische Luftschiffe.

Berlin, 18. Dez.

In Rußland wird nachdrücklich an der Herstellung von drei lenkbaren Luftschiffen gearbeitet. Die Luftschiffe sollen bis Mai kommenden Jahres fertiggestellt sein.

40 Milliarden Francs!

—o—

Von W. Hoeppener-Flatow.

40 Milliarden Francs sind rund 6,8 Milliarden Reichsmark! Oder: genau viermal so viel als Deutschland 1930 unter schwersten Opfern für Reparationen zahlen muss! Oder: 22 mal so viel, als das deutsche Reich in diesem Jahre effektiv — nicht etatsmässig — an Unterstützung für Arbeitslosen- und Krisenfürsorge ausgibt. Oder: Ungefähr dreieinhalb mal so viel wie die Summe, die insgesamt von Reichsversicherung und Gemeinden als „Stempelgeld" an die dreieinhalb Millionen hungernder, arbeitsloser Menschen geben müssen, die in dumpfer Verzweiflung untätig zu Hause sitzen weil ein verarmtes, unglückliches Land ihnen nicht mehr Arbeit und Brot geben kann.

40 Milliarden Francs sind die Summe, die Frankreich ausgibt für eine 300 km lange, ununterbrochene Kette modernster Forts und Festungen an seiner Ostgrenze. 40 Milliarden Francs, 6,8 Milliarden Reichsmark sind ungefähr die Summe, die wir dringend brauchen, um unseren Arbeitslosen Arbeit und Brot geben zu können, um die notwendigen Strassen- und Eisenbahnbauten auszuführen, um die verfahrenen Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, um Zehntausenden von Menschen Wohnung zu schaffen, um eine unerhörte Not zu mildern und gerade in diesen Tagen wenigstens etwas Freude in freudlos gewordene Häuser zu tragen...

6,8 Milliarden Reichsmark! Deutschland hungert nach einer solchen — für unsere Begriffe schon fast unvorstellbar gewordenen — Summe. Aber Frankreich — — baut Festungen dafür.

Bei uns liegen dreieinhalb Millionen Menschen auf der Straße, müssen die arbeitswilligen und arbeitsfrohen Hände ruhen lassen, Frankreich lässt sich 12.000 Ausländer kommen: Polen, Tschechen und Neger, die Festungen bauen müssen, winzige, beton- und stahlstarrende Burgen, mit elektrischem Licht, Zentralheizung, Warmwasserbad, W. C., mit Dingen, die der frierende, hungernde, verbitterte deutsche Arbeitslose nur vom Hörensagen kennt. Bei uns wohnen sie in Höhlen, in kalten, lichtarmen Löchern im Hinterhaus, weil kein Geld da ist, ihre Not zu mildern. Aber Frankreich baut Festungen, Luxusfestungen mit W. C. und Warmbad, für 6,8 Milliarden. — —

Wenn irgendetwas, dann zeigt diese Gegenüberstellung, zeigen diese Zahlen den Wahnsinn und die unerhörten Gefahren der französischen Rüstungen. Und: den Wahnsinn des allgemeinen Nichtabrüstens. Und sie zeigen auch, dass irgend etwas — es soll hier nicht untersucht werden, was — nicht stimmt, dass irgendwo eine Ungerechtigkeit zu Tage tritt, die im Interesse des Weltfriedens und der gegenseitigen Annäherung abgestellt werden muss, bevor es zu spät ist.

Es ist eine Ungerechtigkeit, dass auf der einen Seite ein 60-Millionenvolk hart am Rande der Verzweiflung steht, dass 60 Millionen fleissiger, tüchtiger und friedlicher Menschen den Kelch der Not bis zum Rande lehren müssen und dass auf der anderen Seite ein 40 Millionenvolk (das aus den 1,7 Milliarden Reparationsverpflichtungen etwa 470 Millionen Reichsmark oder 2,8 Milliarden Francs erhält) es sich leisten kann, 20 Milliarden Francs in seinen Etat für Rüstungen einzusetzen und im Laufe ganz weniger Jahre für 40 Milliarden Francs Rüstungen „mit allem Komfort" zu bauen.

Nicht darum geht es, dass Fankreich überhaupt einen solchen fanatischen Festungsgürtel an der deutschen Grenze baut. Das ist eine Sache, für die die französischen Militärs einmal vor der Weltgeschichte die Verantwortung werden tragen müssen. Sondern darum geht es: hat sich eigentlich in Frankreich noch kein Mensch klargemacht, was der hungernde deutsche Arbeitslose denken muss, wenn er liest: Frankreich setzt 3,2 Milliarden Reichsmark für Wehrausgaben ein und baut für fast 7 Milliarden Festungen, Festungen gegen ein Land, dessen ganzer Wehretat noch nicht 700 Millionen beträgt, das wirk-